

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

16 (20.1.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 20 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichterfüllung des Zahlungsplanes, bei gerichtlicher Dretzung und bei Anrufen außer Kraft tritt o. Erlösungs- oder Gerichtsbeschl. 10 Kartrube 1. D. o. Schl. der Anzeigen-Nachnahme 6 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufsehkunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,50 Mark, jährlich 13,50 Mark, durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Gegen 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1. D., Weidstraße 28 o. Januar 1932/1931 o. Volksfreund-Mitglied Durlach, Hauptstr. 9. D.-Baden, Jaghausstr. 12; Rahat, Rahatstr. 2; Offenburg, Republikstr. 6

Nummer 16

Karlsruhe, Mittwoch, den 20. Januar 1932

52. Jahrgang

Französische Regierungserklärung

Die Drachenlaas des Nationalismus geht in allen Staaten auf - Laval zur Reparations- und Abrüstungsfrage - Der Sozialist Frossard macht auf die Kriegsgerüchte aufmerksam - Leon Blum fordert Schiedsgericht

Paris, 19. Jan. (Eig. Draht.) Die französische Kammereröffnung wurde am Dienstag nachmittags um 3 Uhr bei stark beleuchtetem Hause und überfüllten Tribünen mit einer Rede des Kammerpräsidenten Bouisson eingeleitet. Die Rede ging diesmal über den gewöhnlichen Rahmen einer beratigen Kundgebung hinaus, indem sie auch zu den schwebenden außenpolitischen Fragen Stellung nahm.

Kammerpräsident Bouisson

führte u. a. aus: „Vor einigen Monaten haben Sie (zur Kammer) eine neue, nicht voraussetzende Verantwortung übernehmen müssen, als Sie den Vorschlag des Präsidenten Hoover billigten. Alle diese Probleme, die gelöst zu sein scheinen, sind jetzt von neuem aufgeworfen. Ich weiß nicht, welche Beschlüsse die Kammer fassen wird, aber der Präsident der Kammer glaubt, ohne aus der Zurückhaltung herauszutreten, die sein Amt auferlegt, bestätigen zu können, daß unser Land nicht von seinen Schuldverpflichtungen ablassen kann, ohne daß es die Gewähr einer entsprechenden Berücksichtigung seiner Schulden seitens seiner amerikanischen Gläubiger hat. Ich glaube in dieser Weise genau den Geist wiederzugeben, in dem alle diese Abkommen beschlossen und ratifiziert worden sind. (Lebhafter Beifall bei allen Parteien einschließlich der meisten Sozialisten. Frankreich hat stets seinen Friedenswillen bewiesen, sowohl bei den schwierigen Verhandlungen, von denen ich soeben gesprochen habe, als auch durch seine aufrichtige Mitarbeit in den internationalen Einrichtungen, vor allem dem Völkerbund. (Beifall auf allen Bänken. Die Linke verhöhnt die Rechte wegen dieses Beifalls.)

Französisch will sich nicht im internationalen Leben isolieren.

Aber weil es von einem tiefen Verständnisgefühl und von einer Sympathie befeuert ist, die angesichts der Schwierigkeiten und Leiden der anderen Nationen tatkräftig zu sein beabsichtigt und weil es immer zu einer durch die Notwendigkeiten bedingten Anpassung bereit ist, glaubt es fordern zu können, daß ausführlich diskutierte und feierliche verbindliche

Abkommen nicht durch den einseitigen Beschluß einer der beteiligten Parteien aufgehoben werden können. (Großer Beifall auf allen Bänken.) Darauf betrat

Ministerpräsident Laval

die Rednertribüne und ging sofort auf die großen Probleme ein, indem er erklärte: Wir können für die Zukunft nicht Lösungen annehmen, die, ohne die Krise zu lösen, Frankreich in seinen wesentlichen Interessen und in seinem Recht schädigen würden, die durch feierlich abgeschlossene Verträge bestätigt sind. (Beifall rechts und in der Mitte, Schweigen links.)

Wir werden nicht das Recht auf Reparationen verjähren lassen.

Man verlangt von uns eine Generalkontingente zugunsten unserer Schuldner. Eine doppelte Pflicht ist uns auferlegt: Gegenüber den Generationen, die den Krieg mitgemacht haben, eine Pflicht der Billigkeit. Wir dürfen nichts von unseren Forderungen osfern, ohne eine entsprechende Erhaltung unserer eigenen Schulden. Gegenüber den künftigen Generationen: Wir müssen alle Abkommen einem gerechten Gleichgewicht der Produktion und Existenzbedingungen unterordnen. Dieses Gleichgewicht wäre aber gestört, wenn nach der Krise das Mißverhältnis zwischen den finanziellen und den finanziellen Lasten uns in der internationalen Konkurrenz in einen Zustand sicherer Unterlegenheit verfallen würde. Die Regierung wird bei allen Verhandlungen betreffend einer Anpassung der in Kraft befindlichen Schuldenabkommen an die Periode der wirtschaftlichen Depression sich strikt von jenen fundamentalen Grundsätzen leiten lassen, die das französische Parlament stets gebilligt hat.

Die nächsten Absätze der Erklärung beziehen sich auf die zur Schwächung der Krise in Frankreich zu eretzenden Maßnahmen. Der Schluß ist der Abrüstungskonferenz gewidmet. Die Erklärung verteidigt das französische Memorandum vom 15. Juli 1931

das jede Beschränkung der französischen Rüstungen von einer Erhöhung der Sicherheit

durch die Achtung vor den Verträgen, Schiedsgerichtsbarkeit, genaue Differenzierung des Anreizers und gegenseitigen Beistand abhänasig macht. (Beifall rechts, Schweigen links.)

Nachdem der Kammerpräsident die inzwischen angemeldeten Interpellationen verlesen hatte, erklärte sich der Ministerpräsident mit der sofortigen Diskussion

der Interpellationen einverstanden, die sich auf die Zusammenfassung der Regierung, die allgemeine Politik und die Außenpolitik der Regierung beziehen.

Der erste Interpellant, der radikale Abgeordnete Ledoux, der die Zusammenfassung der neuen Regierung kritisierte, rief durch seine humoristische Sprechweise wahre Heiterkeitsstürme im ganzen Hause hervor. Besonders groß war die Heiterkeit, als Ledoux in Bezug auf den neuen Außenminister Laval ausrief: „Nun leben Sie sich mal das an. An der Stelle Briands sitzt Herr Laval. (Lauter Beifall.)

denn genügend Autorität zu besitzen, glaubt er denn, daß die Mehrheit, an deren Treue er oft appelliert, ihn liebt? Ledoux schloß mit der Erklärung, daß er zu Laval und zu seiner Regierung kein Vertrauen habe, denn statt die Einigkeit der Parteien herbeizuführen, trenne Laval die Parteien.

Der Sozialist Frossard

macht als zweiter Interpellant zu Beginn seiner Rede auf die Kriegsgerüchte aufmerksam,

die über die Städte auf dem Lande verbreitet sind und die nach seiner Ansicht auf die Ohnmacht der Regierungen in internationaler Beziehung das Recht an die Stelle der Gewalt zu setzen, und auf die zahlreichen Kundgebungen zurückzuführen sind, die einer lokalen Achtung der Verträge widersprechen. Frossard kritisiert in scharfer Weise die Art der Regierungsumbildung, wobei man nur das Ziel verfolgte, ob Briand an der Macht bleibe. Laval habe übermäßig Heriot ein Portefeuille angeboten, über das er noch gar nicht verfügt habe, Herriot habe das Anerbieten mit Recht abgelehnt.

Das gegenwärtige Kabinett sei das reaktionärste

der letzten Legislaturperiode. Mit dieser Regierung und ihrer Mehrheit könne keine Politik des Friedens gemacht werden. (Großer Beifall links.)

Leon Blum

der Führer der französischen Sozialdemokraten, erklärt, man dürfe die Erklärungen des Reichsanzalters Dr. Brüning nicht durch die Brille der Pressekommentare betrachten, sondern man müsse fragen, ob sie nicht dem französischen und dem englischen Botschafter gleichzeitig abgegeben worden seien. Der Reichsanzalters habe im Grunde genommen von der vorübergehenden Zahlungsunfähigkeit Deutschlands auf eine definitive geschlossen. Für ihn und für Deutschland sei die Reparationsfrage geregelt. Unter wiederholten Protestrufen von der Rechten des Hauses fragte Blum,

ob die verschiedenen Regierungen Frankreichs alles getan hätten, um die republikanischen und demokratischen Elemente Deutschlands zu unterstützen. Wenn Frankreich sich an den Buchstaben seines Rechts klammere, begünstige es die Propaganda Hitlers.

Die Ausführungen Blums wurden von rechtsstehenden Abgeordneten wiederholt unterbrochen. Blum meinte, daß der Streik darüber, ob Deutschland die Wiederaufbaukosten schon erledigt habe, einem

internationalen Schiedsgericht unterbreite

werden müsse. (Lebhafter Protest rechts.) Der Reparationsglaubigersanspruch Frankreichs sei berechtigt, aber

Deutschland könne wegen seiner gegenwärtigen Lage nicht zahlen.

Wolle die Regierung etwa zu der Politik des Zwanges und der Wänder zurückkehren? Er wolle nicht, daß der Vorschlag einseitig zerfallen werde, aber ebenjowenig, daß man ihn gewaltsam aufzwinge. Blum trat für die französische These ein, daß an die Vereinigten Staaten kein Centime mehr gezahlt werden dürfe, als Frankreich selbst von Deutschland erhalten werde. Zum Abrüstungsproblem übergehend erklärte Blum, wenn die französische Regierung bei der These, wie sie im Memorandum entwirft sei, bleiben sollte, würde es sich nicht lohnen, die Abrüstungskonferenz zu beschicken. Frankreich würde dort nicht nur politisch, sondern auch intellektuell isoliert werden.

Was wird aus Lausanne?

Annäherung Englands an die französischen Verlangungswünsche

London, 19. Jan. (Eig. Draht.) Die inoffiziellen Bemühungen der französischen Regierung zur Vertagung der Lausanner Konferenz sind auch am Dienstag in London fortgesetzt worden. Man hofft hier, Frankreich von seinem Plan unter der Voraussetzung abbringen zu können, daß die Reparationskonferenz nur eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein halbes oder ganzes Jahr beschließt, und zwar zu den Bedingungen, die seinerzeit auf der Londoner Konferenz vereinbart wurden, also mit Zahlung der ungeführten Annuitäten und ihrer Rückleitung an Deutschland.

Das englische Auswärtige Amt hat sich am Dienstag u. a. auch bemüht, Deutschlands Zustimmung zu den von ihm erstrebten Plan zu erreichen. Der deutsche Botschafter in London hatte zu diesem Zweck eine Unterredung mit dem englischen Außenminister.

Die Aussichten für die Lausanner Konferenz haben sich im Laufe des Dienstags wesentlich verschlechtert. In manchen Kreisen betrachtet man die Konferenz bereits als erledigt. Von englischer Seite wird jedoch erst am Mittwoch eine Entscheidung fallen.

Deutschland hält an der Lausanner Konferenz fest

CHB. Berlin, 19. Jan. Gegenüber der Haas-Erklärung, in der eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums angeregt und für den Fall dieser Verlängerung die Lausanner Konferenz als überflüssig bezeichnet wird, wird in hiesigen unterrichteten politischen Kreisen mit allem Nachdruck betont, daß Deutschland nach wie vor unter allen Umständen an dem baldigen Zusammentritt der Konferenz in Lausanne festhält.

Frick wieder Diener des „Systems“

Von Bayern in Gnaden aufgenommen

München, 19. Jan. (Eigenbericht.) Die bayerische Regierung selbst hat dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frick ein großes Entgegenkommen bewiesen. Sie hat ihn auf seine Bitte mit Wirkung vom 1. Februar 1932 wieder in den Staatsdienst aufgenommen und unter Ernennung zum Regierungsrat erster Klasse bei der Regierung von Oberbayern als Mitglied des Oberverwaltungsamtes bestellt.

Damit ist Frick wieder aktiver Beamter des selben Staates, den er durch Hochverrat beseitigen wollte, weshalb er rechtskräftig verurteilt und später amnestiert worden ist. Diese Beamteneigenschaft hatte er bis zum 23. Januar 1930, wo er beim Eintritt als Innenminister in die thüringische Regierung seine Entlassung aus dem bayerischen Staatsdienst genommen hat, sich aber in einer besonderen Vereinbarung seine Rückkehr offen hielt. Seine Wiederaufnahme stand allerdings ganz im Belieben der bayerischen Regierung. Wenn sie seiner Bitte nun entsprochen hat, so kann man dies auf Grund der politischen Tätigkeit Fricks gerade in der letzten Zeit nicht anders als einen öffentlichen Skandal bezeichnen.

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß Frick bei Antritt seiner Staatsstellung in Thüringen vollkommen irreführende Angaben machte über die Bedingungen seines Ausscheidens aus dem bayerischen Staatsdienst zu dem alleinigen Zweck, um einen materiell möglichst günstigen Anstellungsvertrag mit dem Lande Thüringen zu erhalten. Diese Angaben haben sich im Laufe des Jahres 1931 bei Verhandlungen im Thüringischen Landtag als falsch herausgestellt. Nach seiner Entlassung aus dem Ministeramt in Thüringen bezog Frick vereinbarungsgemäß ein monatliches Ruhegehalt von 1188,47 Mark. Gemeinnut geßt vor Eigenmut.

Mannheimer Rathausschlägerei

Nationalsozialisten schänden Deutschlands Namen

WIB. Mannheim, 19. Jan. Im Bürgerausschuß kam es heute nachmittags bei Beratung von Gebührensenkungen infolge nationalsozialistischer Zwischenrufe zu Zwischenfällen. Zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten entwickelte sich eine Schlägerei, bei der verschiedene Stadtverordnete blutig geschlagen und aus dem Saal herausgetragen wurden. Der Sitzungssaal wurde polizeilich geräumt.

Dieser sehr wenig aufschlußreiche Bericht des WIB. (das WIB. ist immer sehr wenig aufschlußreich, wenn es sich um Feststellungen gegenüber den Nationalsozialisten handelt) wird durch folgende Mitteilungen der Neuen Badischen Landeszeitung ergänzt:

„Von der Tribüne herab beobachtete man, wie der sozialdemokratische Stadtverordnete Hettinger aus der Gruppe der Nationalsozialisten heraus einen Faustschlag ins Gesicht erhielt,

so, daß ihm das Blut aus einer Wunde herabfloß. Vergebens be-

mühte sich der Oberbürgermeister mit einigen Stadträten und Stadtverordneten, die Streitenden auseinanderzubringen. Nach diesem

ersten Stieb von nationalsozialistischer Seite

nahm die Prügelei aber rasch einen stärkeren Umfang an, wobei schwere Tische und Bänke durcheinander gemorfen wurden. Es war ein unbeschreiblicher Tumult im Hause, an dem sich auch die Galeriebesucher stark beteiligten. Ein größerer Teil der Bürgerausschußmitglieder hatte mit den Beamten den Saal verlassen. Etwas sechs Minuten nach Ausbruch der Schlägerei erschien das alarmierte Polizeieinsatzkommando im Saal. Der Führer forderte zur Räumung der Galerien und des Saales auf und betonte, daß die Polizei gegebenenfalls mit Nachdruck die Räumung erzwingen werde. Es ereignete sich jedoch kein weiterer Zwischenfall, Tribünen und Saal wurden in Ruhe geräumt. Im Foyer standen die Mitglieder des Bürgerausschusses in Gruppen zusammen und erörterten in begreiflicher Erregung das unwürdige Vorkommnis.“

Verschärfte Zollmaßnahmen

Wie stehts mit den Kontrollmaßnahmen?

Amlich wird mitgeteilt:
Auf Grund des Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:
Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses
1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern kommen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausleichszölle zu erheben,
2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, oder welches die deutschen Waren unbilliger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zölle zu erheben. Von der Erhebung der erhöhten Zölle kann bis zur Dauer von höchstens 6 Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen.

Man muß sich über die Tragweite dieser Ermächtigung klar werden. Vor allem darüber, daß diese Ermächtigung gegebenenfalls jeder Willkür Tür und Tor öffnet. Daß sich Deutschland gegen die Verschlechterung der Währung in wichtigen Industrie- und Handelsländern schützen muß, liegt auf der Hand. Ähnliche Schutzmaßnahmen haben andere Länder bereits früher getroffen. Es kommt aber alles darauf an, wie diese Schutzmaßnahmen angewandt werden. Mehr als je macht sich angeichts dieser weittragenden Ermächtigung das Fehlen der parlamentarischen Kontrolle bemerkbar.

Daß hier Kontroll- und Sicherheitsfaktoren eingeschaltet werden müssen, versteht sich von selbst. In diesem Zusammenhang verweisen wir darauf, daß mit Hilfe dieser Notverordnung den Anhängern der Autarkie, des Protektionismus und der Hochschutzzölle die Möglichkeit gegeben ist, die deutsche Handelspolitik zu zerschlagen, den deutschen Warenexport zu dezimieren. Millionen von Arbeitern und Angestellten werden dieses Spiel mit wichtigsten Interessen der deutschen Wirtschaft durch Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend bezahlen müssen.

Wenn der Reichspräsident der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 weittragende Ermächtigungen gegeben hat, so ist es selbstverständlich, daß entsprechende Kon-

trollen in Kraft treten müssen, die dafür bürgen, daß diese Ermächtigung nicht mißbraucht wird.

Die neue Butterzollregelung

WE, Berlin, 19. Jan. Die Reichsregierung hat den autonomen Butterzoll von 50 M auf 100 M für den Doppelzentner erhöht. Auf die Einfuhr aus Ländern, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, wurde gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. Januar 1932 ein Zuschlag von 15 Prozent des Wertes der Butter oder von 36 M je Doppelzentner eingeführt. Der dieser Berechnung des Zollsatzes zu Grunde gelegte Wert der Butter ist unter Berücksichtigung des Preises der Ware vor Sinken der Währungen unter die Goldparität auf 240 M je Doppelzentner angesetzt worden. Der Butterzoll für die Länder, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, wurde auf 170 M je Doppelzentner festgelegt. Der autonome Zoll für Quark aus Magermilch wurde auf 17 M je Doppelzentner erhöht.

Wenn auch gegen gewisse Zollaufschläge gegenüber der Wareneinfuhr aus den Ländern, die sich vom Goldstandard gelöst haben, nichts einzuwenden ist, sofern sie sich in vernünftigen Grenzen bewegen, so ist doch jetzt, wo der wirtschaftspolitische Kampf zwischen den einzelnen Ländern immer größere Ausdehnung gewinnt, die Einführung neuer Kampfzölle besonders gefährlich und nicht geeignet, die internationale Wirtschaftsdpression zu überwinden. Wird der Landwirtschaft mit der Erhöhung des Butterzolls geholfen? Gewiß leidet die bäuerliche Veredelungswirtschaft schwer unter den jetzigen niedrigen Butterpreisen. Aber es ist ein Irrtum, annehmen zu wollen, daß durch die Erhöhung der Buttereinfuhr ihre Lage gebessert werden kann. Jede Erhöhung des Butterpreises steigert die Abwanderung vom Buttererwerb zum Margarineverbrauch. Schon jetzt ist der Butterabsatz in den Städten um rund 15 Prozent gefallen. Es ist daher eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß durch eine Befreiung der ausländischen Einfuhr die Lage der deutschen Landwirtschaft gebessert werde.

Eine Besserung der Lage der Landwirtschaft ist daher nur möglich durch eine Steigerung der Kaufkraft der Verbraucher, nicht aber durch die Herbeiführung einer Autarkie, wie es die Wirtschaftspolitiker meinen.

Schwabens Nazi rebellieren

Offener Aufstand gegen die Nazileitung

Stuttgart, 19. Jan. (SPD.) Im Gau Württemberg der Nationalsozialistischen Partei sind schwere Differenzen ausgebrochen. Eine aus etwa 1000 Anhängern darunter auch Teile der SS, bestehende Oppositionsgruppe hat bei dem Stuttgarter Spitzenkandidaten der letzten Gemeinderatswahl, Hauptmann a. D. Strölin, ein Memorandum mit 20 Punkten überreicht, dessen Erfüllung verlangt wird. Er wurde aufgefordert, eine Stellungnahme der Ortsgruppe Stuttgart und des Gauess Württemberg dazu herbeizuführen. Antwort war bis zum letzten Samstag verlangt worden. Nachdem diese Frist ohne Erteilung einer Antwort verstrichen war, hat die Opposition beschlossen, in einer

öffentlichen Versammlung und durch Flugchriften auf die Mißstände bei den Führerkreisen und bei der Vergütung der württembergischen Posten und Mandate hinzuweisen.

In den 20 Punkten ist als Hauptforderung die sofortige Entfremdung des Gauleiters Reichstagsabgeordneten Murr enthalten, dem Korruptionswirtschaft vorgeworfen wird. Die Oppo-

sition ist aber auch mit dem SA-Gruppenführer Südwest, v. Jagow, nicht zufrieden, der ein ausgesprochenes Konjunkturpolitiker sein soll und dessen sofortige Entfernung verlangt wird.

In weiteren Punkten der Denkschrift wird die Sauberkeit und Sittlichkeit der Führer in einem eigentümlichen Licht gezeigt. Gemiffen Parteiprominenten wird der Vorwurf gemacht, daß sie größeres Interesse für die weiblichen Hilfskräfte

des Parteibüros als für die Parteiangellegenheiten hätten. Auch mit dem Parteiblatt, dem NS-Kurier

ist man nicht zufrieden. Es wird gefordert, daß die Zeitung sofort dem Besch des Abg. Murr entzogen und direkt von der Partei übernommen wird. Sonst müsse das reichlich verschuldete Unternehmen schweren Tagen entgegengehen.

Die Reichsparteileitung in München hat schon einen Kundschafter nach Stuttgart geschickt, der die Verhältnisse in der Stuttgarter Ortsgruppenleitung und im Gau Württemberg eingehend prüfen soll.

Bankgesetzdebatte im Haushaltsausschuß

Zurückweisung der Reichsregierung - Scharfe sozialdemokratische Bedenken

Berlin, 19. Jan. (Gla. Meldung.) Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Dienstag seine Beratungen wieder auf. Die Nationalsozialisten blieben wieder fern, die Deutschnationalen waren erschienen. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete der sozialdemokratische Antrag betreffend Änderung des Bankgesetzes.
Mit ihm verbunden wurde eine Ausdrucksfrage über die Gehaltung des Einflusses der Reichsregierung auf das Bankwesen überhaupt. Der Reichsbankkommissar, der sich zuerst äußerte, gab zu verstehen, daß er der Schaffung einer Zentralbank zur Abwicklung der den verschiedenen Banken angedehnten Kredite ablehnend gegenüberstehe. Reichsfinanzminister Dietrich verbreitete sich über das ganze Bankwesen, das durch die Wirtschaftskrisis aufgerollt worden sei. Ueber den Umfang der Belastung der einzelnen Institute, wie der gewerblichen Genossenschaftsbanken, der Landwirtschaft usw. ließe sich öffentlich nichts reden. Eine wichtige Frage sei die, wie die vom Reich angeordneten Garantien abgedeckt werden sollen. Vom Februar ab seien die der Dresdener Bank angeführten Schatzanweisungen mit 12 Millionen monatlich fällig. Es seien Pläne in Vorbereitung, die etwas Neues darstellten. Näheres sagte der Minister darüber nicht. Dagegen teilte er mit, die Tendenz der Reichsregierung gehe dahin, den Einfluß der Reichsregierung auf die Banken wieder abzubauen. Es sei freilich fraglich, wann dieser Zweck erreicht werde.

Gegen diese Absicht erhob Abgeordneter Hilderding (So.) sofort starke Bedenken.

Hilderding erklärte, bei dem ersten Schritt sei die Reorganisation frei gewesen, bei dem zweiten Schritt sei sie knecht. Die Regierung müsse jetzt, nachdem 60 Prozent des Kreditapparates öffentlich kontrolliert werden, auf die Kreditgewährung Einfluß erhalten. Die Entscheidung über das Schicksal der Danabank und der Dresdener Bank müsse bald getroffen werden.

Der Staatspartei Dr. Stolper leitete an dem Beispiel Italiens dar, daß bestimmte Methoden der Staatskasse untauglich seien.

Die Banca Commerciale sei zu einer schweren Belastung für den Fiskus geworden. Stolper wandte sich schließlich grundrätlich gegen Dauereinstufung des Staates.

Auf Vorschlag Hilderdings wurde schließlich ein Unterausschuß eingesetzt zur Beratung der vertraulich zu behandelnden Fragen und zur Vorbereitung von Vorschlägen. Im übrigen wurde der sozialdemokratische Antrag auf Reform des Bankwesens dem Rechtsausschuß überwiesen.

Weiter wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei beraten, der verbindlich will, daß die Industrieumlage, die der Dsthilfe zugute kommt, für 1932 in einem höheren Satz als 1931 erhoben wird. Bei der unbilligen Wirtschaftslage und nach der Erhöhung der Unterchiedsrente für die Umlagepflicht dürfte jedoch die Befreiung des vorläufigen Umlagebescheides eine Verminderung des Ertrags um die Hälfte bedeuten und dieser Betrag müßte aus der Reichskasse gedeckt werden. Da der Reichsfinanzminister erklärte, dafür keine Deckung zu haben, wurde der Antrag zunächst zurückgestellt.



Frankreich verleiht seinem Vertreter in München Gefandtenrang. Graf Vefèvre d'Ormesson, seit 1925 französischer Gesandter in München, ist jetzt von seiner Regierung in den Rang eines Gesandten 1. Klasse und demnach dementsprechend ernannt worden. Von Seiten Frankreichs wird angegeben, daß es sich dabei lediglich um eine Rangserhöhung des Gesandten handele und nicht geplant sei, eine eigene Gesandtschaft in München zu errichten.

„Geisteswaffen“ des Hakenkreuzes

Hanau, 19. Jan. (SPD.)

Im benachbarten Arbeiterwohnort Rüdigen hielten die Nationalsozialisten eine öffentliche Versammlung ab, zu der ein größerer Trupp Hanauer SA-Leute als Saalbesitzer bestellt war. Auf der Straße zwischen Hanau und Rüdigen sah die Polizei die Anmarschierenden ab und nahm eine Durchsuchung nach Waffen vor. Sie führte zur Beschlagnahme folgender „geistiger“ Waffen:

5 Scheintatpistolen, 3 Schlagringe, ein Ohrensteiner, ein Gummischlauch mit Eisenbeuge, ein Gummischlauch, an dessen einem Ende ein Messer und am anderen Ende ein schweres Eisenstück befestigt war, ein Schulterriemen, an dem sich ein großer Hausschlüssel befand, eine Anzahl großer Schraubenschlüssel, sowie eine Menne Koppel mit schweren Karabinerhaken.

Die „rauen Kämpfer“ wurden zur Feststellung ihrer Personalien zur Polizeiwache gebracht.

Naziüberfall in Berlin

Berlin, 20. Jan. (Mündlich.) Am frühen Morgen des Dienstag wurde in Berlin-Reinickendorf die Kolonie „Helsen“ von Nationalsozialisten überfallen. Die Opfer waren zwei Tote und mehrere Verwundete.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter berichtet darüber, daß er nachts gegen 1 Uhr eine Reihe Leute in Windjacken beobachtet hat, die den linken Unterarm erhoben und ihn als Stütze für die in der Rechten befindlichen Pistolen benutzten.

An dem Überfall auf die Laubentkolonie dürften mindestens 50 Nationalsozialisten beteiligt gewesen sein.

Nationalsozialist in Essen erschossen

WE, Essen, 19. Jan. In den Abendstunden entstand hier zwischen mehreren Kommunisten und Nationalsozialisten eine Schlägerei. Der 21jährige alte Nationalsozialist Arnold Guie wurde durch einen Schuß in die Lunge getötet, vier weitere Personen wurden verletzt, darunter eine ältere Frau und ihr Sohn, der der NSDAP angehört. Eine Anzahl Personen ist festgenommen worden.

Nationalsozialistischer „Theaterintendant“

Ein würdiger Repräsentant der Moral des Dritten Reiches

Stuttgart, 18. Jan. (SPD.) Vom Schöffengericht in Cannock wurde der 32jährige Schauspieler Ernst Haag von Chlingen, Leiter der NS-Bühne, die unter dem besonderen Protektorat des Reichstagsabgeordneten Murr stand, und in den verschiedensten Orten Württembergs Vorstellungen gab, wegen Blutschande um 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte eine um 27 Jahre ältere Frau geheiratet und deren 17jährige Tochter, die sie mit in die Ehe brachte, geschwängert.

Nationalsozialistischer Schriftleiter verurteilt

Wegen Verleumdung Hilderdings bezüglich Keemisma-Konzern

WE, Frankfurt a. M., 19. Jan. Das Frankfurter Gericht verurteilte den verantwortlichen Schriftleiter der in Schloß (Blatt) erscheinenden nationalsozialistischen Tageszeitung NS-Z. Rheinfront, Josef Hünemann, wegen übler Nachrede zu 300 Mark Geldstrafe bzw. 10 Tagen Gefängnis.

Der Anklage lag ein Artikel in dem genannten Blatt vom 24. April 1931 unter der Überschrift „Hilderding 100 000 und die Pfälzische Post“ zugrunde. Der Artikel behandelte in polemischer Form die fälschlich auch im Karlsruher Lexikon-Prozess bekannt gewordenen Vorgänge über den Nachlaß von Steuerhelfern der Firma Balthari in Baden-Baden nach ihrer Uebernahme durch den Keemisma-Konzern. Es war die Behauptung aufgestellt worden, der frühere Reichsfinanzminister Hilderding sei im Ausschussrat des Keemisma-Konzerns gewesen und habe 120 000 Mark Anteile bezogen.

Ministerialdirektor Ernst (Murr) sagte als Zeuge aus, Dr. Hilderding habe durch den Steuernachlaß keinerlei finanzielle Vorteile erlangt und sei auch nicht Mitglied des Keemisma-Ausschusses gewesen. Dem Nebenkläger Dr. Hilderding wurde das Recht zurkannt, das Urteil in drei Zeitungen zu veröffentlichen.

Dauerausführungstatistik der Nationalsozialisten

Groß-Gerau, 19. Jan. (Gla. Draht.) In einer Versammlung in dem kleinen Städtchen Groß-Gerau erklärte der Vorsitzende der nationalsozialistischen Fraktion des hiesigen Landtags, Lens, daß seine Fraktion bei der ersten sich bietenden Gelegenheit für die Auflösung des hiesigen Landtags stimmen werde.

Verhegte Studenten hören Vorlesung

WE, Halle, 19. Jan. Die Verlesung des im Zusammenhang mit dem Unfriedenskonflikt in letzter Zeit vielgenannten Buchs der Theologie, Dehn wurde heute abend dadurch gestört, daß ein Student auf dem Korridor vor dem Hörsaal einen sogenannten „Kanonenschlag“ zur Explosion brachte. Der Täter flüchtete, wurde aber von dem Pöbel festgenommen.

Dames Leiter der Reconstruction Finance Corporation

Washington, 19. Jan. Zum Leiter der neuen Reconstruction Finance Corporation ist Volskhafter Dames von Präsident Hoover ausserwählt worden. Präsident Hoover hat an seiner Stelle Staatssekretär Silliman mit der Führung der amerikanischen Delegation bei der Weltwirtschaftskonferenz beauftragt.

Zahlungseinstellung

Die Württembergische Spar- und Hypothekbank A.G. Künzelsau hat ihre Zahlungen eingestellt und beantragt, einen Liquidationsvergleich, bei dem sie die Einleger nach Pfändung der Außenstände allmählich befriedigen zu können hofft.

Kürzung der Beamtengehälter im Saargebiet

WE, Saarbrücken, 19. Jan. Die Dienstbesüge der staatlichen Beamten werden vom 1. Februar ab um 7,75 bis 7,5 Prozent gekürzt. Ruhegehälter, Hinterbliebenenbesüge und Gemeindebeamtengehälter werden ebenfalls herabgesetzt.

Erste Etappe des Rheinseitenkanals nahezu beendet

DE, Rembs, 18. Jan. Die erste Etappe des bei Rembs beginnenden Rheinseitenkanals, der Bau des Wasserkraftwerkes von Rembs, ist nahezu vollendet. Mit ihm geht auch das erste Teilstück des Seitenkanals der Vollendung entgegen. Der französische Kanal liegt ein Gelebensstadium vor, der die notwendigen Mittel bewilligen soll. Der französische Staat soll danach der Kanalgesellschaft für jeden Abschnitt eine Subvention von 150 Millionen Schweizer Franken in fünf Jahresraten zahlen. Als Gegenleistung erhält der Staat 20 Prozent des Aktienkapitals.

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

20. Januar.

1783 Friede zu Versailles: Unabhängigkeit Amerikas anerkannt. — 1876 Franz Mayer Fr. Wilfer. — 1891 1. Erscheinen des Korrespondenten der Generalcommission der Gewerkschaften. — 1905 Generalstreik in Petersburg. — 1930 Schluß der Haager Konferenz (Young-Plan).

Soll das Kind Ostern zur Schule?

Früher kam jedes Kind zur ganz bestimmten Zeit in die Schule. Erst in neuerer Zeit hat sich die Erkenntnis mehr und mehr durchgesetzt, daß vielen Kindern eine zu frühe Einschulung gesundheitlich nachteilig ist. Trotzdem gilt es auch heute noch vielen Eltern als ein Nachteil, wenn das Kind noch nicht schulfähig ist, und die Erkenntnis muß sich noch durchsetzen, daß ein späteres Schulauftreten einen Segen für das Kind und die Schule bedeutet.

Die nächste Bürgerauschubssitzung

findet am Mittwoch, 27. Januar, im Bürgerhalle statt. U. a. stehen Vorlagen über die Dienstentschädigung der Stadträte, Ermäßigung der Straßenbahntarife, Senkung der Gas- und Strompreise, sowie der Schlichtgebühren und die Ernennung eines Gemeinderichters und seines Stellvertreters zur Beratung. Vorlagen zu diesen Punkten sind den Stadtverordneten bis dato allerdings noch nicht zugegangen, so daß noch nichts Näheres darüber mitgeteilt werden kann.

Zur Zusammenlegung der Hauptverwaltungsämter Württemberg u. Baden

Zur obigen Frage werden uns von zuverlässiger Seite nachstehende Äußerungen gemeldet: Der Schwäbische Merkur hat in den letzten Tagen mehrfach Ausführungen über die Frage der Zusammenlegung der Hauptverwaltungsämter Baden und Württemberg veröffentlicht. In diesen Ausführungen wird vom württembergischen Standpunkt mit Nachdruck gefordert, daß sich die beteiligten Reichsstellen durch feinerlei Beschränkungen von ihrer Absicht, die Zusammenlegung der Hauptverwaltungsämter in Stuttgart vorzunehmen, abbringen lassen dürfen. Als Hauptgrund wird angeführt, daß Stuttgart für das in Betracht kommende Verwaltungsgebiet der geographische, wirtschaftliche und Verkehrsmittelpunkt sei. Demgegenüber sei zunächst einmal als unbestrittene Tatsache festzustellen, daß das Hauptverwaltungsamt in Karlsruhe eine wesentlich größere Zahl von Kriegsbefehlshabern und Kriegshinterbliebenen betreue, als das Hauptverwaltungsamt Stuttgart. Es sei weiter festzustellen, daß auch bei anderen Hauptverwaltungsämtern die zentrale Lage für die Wahl des Sitzes des Hauptverwaltungsamtes keineswegs entscheidend war, so daß die vom Schwäbischen Merkur angeführten Entfernungen vom Sitz der Verwaltungsbehörden zum Sitz der Zentralbehörde bei anderen Hauptverwaltungsämtern zum Teil ganz wesentlich größer sind, als die weitesten Entfernungen von einem württembergischen Orte nach Karlsruhe. Es kommt aber entscheidend hinzu, daß die Hauptaufgabe der Hauptverwaltungsämter nicht in dem persönlichen Verkehr mit den Verwaltungsbediensteten liegt. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Frage der Zusammenlegung der Hauptverwaltungsämter Württemberg und Baden und des Sitzes der leitenden Behörde dieser zusammengelegten Ämter eine eminent politische Frage, die dahin zu stellen ist, ob Baden, das als Grenzland so gewaltige Nachteile gegenüber anderen Ländern zu tragen hat, auch weiterhin gegenüber Württemberg benachteiligt werden soll. Durch die Schaffung der neutralen Zone ist das Land Baden und insbesondere dessen Landeshaushalt Karlsruhe in wirtschaftlicher Hinsicht gegenüber Württemberg und Stuttgart ganz außerordentlich benachteiligt. Alle militärischen Behörden sind nach Stuttgart verlegt worden, wie das Wehrkreiskommando, die Division und die badijsche Reichsarchivstelle. Es gibt nur ganz wenige badijsche Garnisonen, während der größte Teil der badijschen Landesangehörigen in Garnisonen außerhalb Badens untergebracht werden mußte. Auch das in den letzten Jahren neu geschaffene Landesverwaltungsamt Südbadens wurde nach Stuttgart verlegt. Es ist also nur eine Forderung der gerechten Billigkeit, wenn bei der in Frage stehenden Zusammenlegung Karlsruhe vor Stuttgart den Vorzug erhält. Es ist wohl auch nicht unwesentlich in unserer heutigen Zeit, daß bei einer solchen Zusammenlegung Ersparnisse gemacht werden, insofern, als der Wohnungsgeldzuschuß der Beamten in Karlsruhe wesentlich niedriger ist als in Stuttgart, wo die Beamten die Besüge der Sonderklasse erhalten.

Aus allen diesen Gründen darf wohl Baden mit Recht fordern, daß die beteiligten Reichsbehörden endlich einmal dem Grenzlande Baden gegenüber die Rücksichten nehmen, die in den letzten Jahren so manches Mal verkannt worden sind. Auch die anderen Länder müssen dafür Verständnis haben, daß gerade in den Grenzländern, besonders in solchen, die als neutrale Zone gelten und deshalb keine Garnisonen haben, das Reich soweit irgend möglich durch zentrale Behörden vertreten werden sollte. — Es darf zum Schluß noch bemerkt werden, daß der Reichsrat bei seiner Kette, die er durch das Land Baden machte, ausdrücklich betonte, daß das Land Baden von Reichsbehörden nicht weiter entblößt werden dürfe.

Aus Organisationen und Vereinen

Generalversammlung der Karlsruher Tischtennisgesellschaft e. V. 1897 am 16. Januar im Schrempfischen Bierkeller, Beierheimer Allee 18. Aus dem Bericht des Vorsitzenden, Sportmann Maxer, ist hervorzuheben, daß der Verein außer seinen eigenen Veranstaltungen am Tag der Arbeit sich beteiligte, ebenfalls am Tag der Arbeit in Durlach, wie auch zur Vorbereitung bei den Gewerkschaften bei ihren Veranstaltungen aktiv mitwirkte. Aus dem Bericht des Kassiers, Sportmann Otto Sand, war zu entnehmen, daß gegenwärtig über 80 Prozent der Mitglieder arbeitslos sind. Den Kassiersbericht gab im Auftrag der Revidoren Sportmann Otto Roth. Dieser hob hervor, daß Rasse, Bürger und Belege sich in bester Ordnung befinden und stellte den Antrag, dem Kassier Entlastung zu erteilen. Einstimmig wurde dem Antrag ausgetreten. Sodann gab der Stimmwart, Sportmann Otto Simianer, Bericht über die schwerwiegende Abteilung des Vereines, hob u. a. hervor, daß es der 1. Mannschaft gelang, als 1. Bezirksmeister im Stimm- und als 2. Bezirksmeister für das Jahr 1932 hervorzugehen. Auch in den gegenwärtigen Bezirkskämpfen für 1932 steht die Mannschaft noch ungeschlagen da. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen. Der Leiter der Sportlerinnensektion, Sportmann Franz Schell, konnte berichten, daß die Sportlerinnen bei allen Veranstaltungen mitwirkten. Bei den Bezirkskämpfen in der Leichtathletik wurden sie als 1. Bezirksmeister für das Jahr 1931 hervor. Die Leiter der Schülerinnensektion, Sportmann Anton Franz, berichteten, daß die Zahl derselben ständig zunimmt, was sehr begrüßt wurde. Die nun einsetzende Diskussion bewegte sich im Sinne der Berichterstatter, dabei wurde der Antrag gestellt, der Gesamtvorstand die Entlastung zu erteilen. Dem Antrag wurde einstimmig ausgetreten. Bei den Neuwahlen wurde zum 1. Vorsitzenden Gen. August Moser wiederum gewählt. Auch die Besetzung der anderen Posten ging durch Wiederwahl bzw. Neuwahl glatt voran.

Die Frage der Beitragsregelung wurde sehr diskutiert und man kam zu dem Ergebnis, daß der Beitrag für in Arbeit stehende erwachsene Genossen pro Monat 70 Pf., für Arbeitslose 40 Pf. und für Sportlerinnen ebenfalls 40 Pf. betragen soll. Sollten die Bundesbeiträge anfallen, so werden die Mitgliedsbeiträge ebenfalls eine Ermäßigung erfahren. Die Abhaltung des 35. Stiftungsfestes und Arrangierung desselben wird dem Gesamtvorstand übertragen. Nachdem der Vorstand noch einige Anfragen erledigt hatte, schloß derselbe mit einem dreifachen Heil! die Versammlung.

Milchverkauf betr. Die Karlsruher Milchhändler hielten am 18. Januar 1932 im „Kroftal“ eine allgemeine Versammlung ab, in welcher die badijschen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmilchgesetz zur Kenntnis genommen wurden. Aus der Diskussion wurde ersehen, daß ein Teil der Händler für künftigen Verkauf nur in Spezialgeschäften ist, was von den meisten Anwesenden jedoch nicht unterstützt wurde, da diese Umstellung nur mit Mühe und Unkosten verbunden wäre. Es wurde auch betont, daß die Hausfrauen es ablehnen, ihren Milchbedarf nur noch durch Ladenverkauf decken zu müssen, während andere Lebensmittel des täglichen Bedarfs weiterhin frei ins Haus gebracht werden. Es wird sich also möglicherweise in Zukunft ein Kampf entfalten zwischen Laden- oder Freihaus-Verkauf. Greifbare Resultate wurden keine erzielt.

Städt. Altersheim. Der Fräulein Wander-Bund Karlsruhe e. V. unter Leitung von Herrn Friedrich Köpfer, veranstaltete am 16. d. M. einen gemütlichen Abend. Ein flott gehaltenes Programm der Damen verleierte, gefällige Darbietungen, humoristische Vorträge, boten eine gute Unterhaltung. Es wurde so manchem alten „Bückerchen und Mütterchen“ Erinnerungen aus der Jugendzeit wachgerufen. Gleichzeitig durfte auch dieser Abend einem 85jährigen „Geburtsstagskinde“ eine große Freude bereiten haben. Mit herzlichsten Worten dankte Frau Stadtrat Müller im Namen der Oberbürgermeisterin und der Anwesenden des Heimes der ganzen Jugend für ihre Darbietung und brachte besonders zum Ausdruck, daß die Jugend von selbst daran gedacht hatte, dem Heim eine solche Freude zu bereiten. Ein baldiges Wiedersehen war beim Abschied der Wunsch aller.

Turnen im Dienste der Nothilfe. Man schreibt uns: „Für Volk und Vaterland“, so lautet der Slogan, den der Karlsruher Turnverein 1846 über sein am kommenden Sonntag nachmittags 7 1/2 Uhr in der Festhalle stattfindendes „Volksgemeinschaftsschauturnen“ gesetzt hat. Der Schluß des reichhaltigen Programms bildet ein groß angelegter Bewegungss- und Sprechchor mit ebenso hierzu geschriebener Musik, der in dramatischen Steigerungen den Kampf der Turnerschaft mit der leidigen Lebensaufstellung zeigt. Ueber mächtig wirkende Kampfszenen steigert sich das Spiel zu einer wichtigen Kundgebung für deutsches Volkstum und Schicksalsverbundenheit. Der aus 600 Reihern klingende, wie ein Aufschrei wirkende Schlußchor: „Dir sei unser Denken, Dir unser Wollen, Dir Vaterland in Ewigkeit“ macht auf den Zuschauer einen überwältigenden Eindruck. Es wäre zu wünschen, wenn dieses Schauturnen von weitesten Kreisen der Bevölkerung besucht würde. Der innere Gewinn, den jeder Besucher mit nach Hause nimmt, wird noch erhöht durch das Bewußtsein, an der Verringerung der Not unserer Mitmenschen mitgewirkt zu haben. Das Eintrittsgeld beträgt 1.00 und 0.50 M. (Näheres siehe Anzeige.)

Der Verkehrsunfall

Da bimmelt die Straßenbahn. Der Wagenführer baut mit dem Fuß auf den Glodenbengel, als ob er Sauertraut stampfen müßte. Aber schon läuft der weiße Sandhaub des Verkehrspolizisten in die Luft. „Haakt!“ — „Krukt!“ — Ein Rad, ein Fuß — der Wagen hält. Ein Danomaa, der im Floßsprung mit schredlichem Spungegebrüll hinterherläuft, hebt die Hinterbeine und gibt verärgert Gas. Bremsen knirschen. „Was ist los? Ist was passiert?“ — „Schau her, der Hauen Leute.“ — „Was ist los?“ — Die besten Plätze sind jedoch schon leider „besetzt“. Der eiserne Ring einer Menschenmauer umgibt die Unfallstelle. Was die Hinterstehenden sind, die suchen vergeblich einen Blick zwischen Köpfen und Ohren hindurchzumerken. „Wenn man doch was sehen könnte!“ jammerte eine ganz hinten stehende dicke Frau mit angedundenem Nickelzwicker. „Aber die Leute sind ja so neugierig, daß man bald zerdrückt wird.“ Man stellt sich auf die Bebenspitzen. Die Frau mit dem Nickelzwicker stößt zwei Herren mit ihrem Rosenkranz auf die Schulter und sieht an ihrer Einkaufstasche, die sich zwischen den beiden eingeklemmt hat. Sie regieren nicht. „Erlauben Sie!“ — Erneutes energisches Schulterklopfen. Der eine Herr dreht sich mühsam um. „Wer baut mir denn mein Kreuz ein?“ Die Frau sieht. Der Zweite rückt gereizt nach der vorderen Kalenpfe: „Wenns nicht bald meine Sandhaube loslassen — Sie unverschämter Mensch —!“ Die Frau reißt die Dintel raus und verflucht die Häkile.

Im Reiche des Verkehrsunfalls.



Das Wichtigste — die Zeugen!

Und die Bordenen? Ja, die stehen wie die Mauern. Sie genießen mit erster Miene den Verkehrsunfall und belohnen die Radlerin, die loeben von einem Auto gestreift wurde, mit beifälligen Kopfnicken. Die Winkelhaube eines Polizisten swängt sich durch die Mauer. Eine Amtsstimme schnarrt. Radlerin und Chauffeur flitzen wie die Hechte auf den Belohnten:

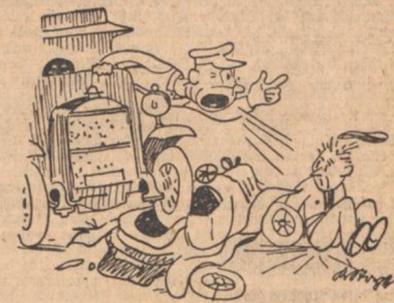
„Also Herr Wachmeister...“
„Herr Wachmeister...“
„Laanglam! Laanglam! Eins nach dem andern. Alloo...“
Die Radlerin wirft einen giftigen Blick auf den höhnisch lächelnden Chauffeur. „Ich will mein Recht haben! Der ist das vielteufelste nicht eine Gemeinheit von dem Menschen? Mein Rad — da schauen Sie meinen Kopf an, vierzig Mal hat er gestreift, das kann ich beweisen...“
Chauffeur: „Und dann haben Sie nicht mal geschelt!“
Radlerin: „Was? Nicht geschelt? Bitte schön, da ist meine Glode!“
Chauffeur: „Sagen Sie das nicht, daß das eine Glode ist, mit dem Ding werden Sie ja nicht einmal einen Floß auf!“
Radlerin: „Dann schlafen Sie nicht, Sie Dreckkammel, wenn Sie in Ihrer Nagelstife hoden!“
Chauffeur (wütend): „Was sagen Sie? Herr Wachmeister! Wenn Sie mich gegen dieses Vieß nicht in Schutz nehmen, dann kann ich mich nicht mehr!“
Radlerin (noch wütender): „Da hört sich doch alles auf! Sie Kammel haben ja nicht einmal geburt! Nicht einmal geburt haben Sie! Sie meinen gewiß, Sie brauchen nicht zu husen?“



Der „Sachverständige“, der bei allen Verkehrsunfällen zu finden ist.

Chauffeur (plakt vor Zorn): „Nicht geburt? Bitte schön, da ist meine Hune!“
Die Zuschauer schmähten vor Genuß. Der Polizist schnarrt: „Laanglam! Laanglam!“ (zur Radlerin gewendet): „Sie heißen?“
Radlerin: „Abelgunde!“
Polizist (streng): „Wie Sie heißen, das ist gefast, also auch den Familiennamen! — Geboren?“ — Radlerin (verschämt): „Am elsten!“
Polizist: „Geboren?“ — Radlerin: „Na am elsten! Wie oft soll ich denn noch sagen?“
Polizist: „Also nun erzählen Sie keine Oopen, ich will den Monat wissen!“
Radlerin: „Na im Mai natürlich, deswegen brauchen Sie doch nicht gleich so zu brüllen!“ — Polizist (der Helm blitz): „Also ein bißchen fixer, ich habe meine Zeit doch nicht gestohlen! Ich will wissen, wann Sie geboren sind, verstehen Sie!“
Die Radlerin sammelt ihre ganze Soude und setzt sich nach Erledigung der Formalitäten wieder auf ihren Bod. Der Chauffeur hust. Die Menge neht grinsend und zufrieden auseinander, während die angefunkelte Rosenkranz von Verkehrsfahrzeugen sich langsam in Bewegung setzt. Da bimmelt schon wieder die Straßenbahn. Der Wagenführer baut mit dem Fuß auf den Glodenbengel.

(Text und Zeichnung von Karl Stone, Nürnberg.)



1000 Worte Verkehrsunterricht.

lungen am Tag der Arbeit sich beteiligte, ebenfalls am Tag der Arbeit in Durlach, wie auch zur Vorbereitung bei den Gewerkschaften bei ihren Veranstaltungen aktiv mitwirkte. Aus dem Bericht des Kassiers, Sportmann Otto Sand, war zu entnehmen, daß gegenwärtig über 80 Prozent der Mitglieder arbeitslos sind. Den Kassiersbericht gab im Auftrag der Revidoren Sportmann Otto Roth. Dieser hob hervor, daß Rasse, Bürger und Belege sich in bester Ordnung befinden und stellte den Antrag, dem Kassier Entlastung zu erteilen. Einstimmig wurde dem Antrag ausgetreten. Sodann gab der Stimmwart, Sportmann Otto Simianer, Bericht über die schwerwiegende Abteilung des Vereines, hob u. a. hervor, daß es der 1. Mannschaft gelang, als 1. Bezirksmeister im Stimm- und als 2. Bezirksmeister für das Jahr 1932 hervorzugehen. Auch in den gegenwärtigen Bezirkskämpfen für 1932 steht die Mannschaft noch ungeschlagen da. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen. Der Leiter der Sportlerinnensektion, Sportmann Franz Schell, konnte berichten, daß die Sportlerinnen bei allen Veranstaltungen mitwirkten. Bei den Bezirkskämpfen in der Leichtathletik wurden sie als 1. Bezirksmeister für das Jahr 1931 hervor. Die Leiter der Schülerinnensektion, Sportmann Anton Franz, berichteten, daß die Zahl derselben ständig zunimmt, was sehr begrüßt wurde. Die nun einsetzende Diskussion bewegte sich im Sinne der Berichterstatter, dabei wurde der Antrag gestellt, der Gesamtvorstand die Entlastung zu erteilen. Dem Antrag wurde einstimmig ausgetreten. Bei den Neuwahlen wurde zum 1. Vorsitzenden Gen. August Moser wiederum gewählt. Auch die Besetzung der anderen Posten ging durch Wiederwahl bzw. Neuwahl glatt voran.

Die Frage der Beitragsregelung wurde sehr diskutiert und man kam zu dem Ergebnis, daß der Beitrag für in Arbeit stehende erwachsene Genossen pro Monat 70 Pf., für Arbeitslose 40 Pf. und für Sportlerinnen ebenfalls 40 Pf. betragen soll. Sollten die Bundesbeiträge anfallen, so werden die Mitgliedsbeiträge ebenfalls eine Ermäßigung erfahren. Die Abhaltung des 35. Stiftungsfestes und Arrangierung desselben wird dem Gesamtvorstand übertragen. Nachdem der Vorstand noch einige Anfragen erledigt hatte, schloß derselbe mit einem dreifachen Heil! die Versammlung.

Milchverkauf betr. Die Karlsruher Milchhändler hielten am 18. Januar 1932 im „Kroftal“ eine allgemeine Versammlung ab, in welcher die badijschen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmilchgesetz zur Kenntnis genommen wurden. Aus der Diskussion wurde ersehen, daß ein Teil der Händler für künftigen Verkauf nur in Spezialgeschäften ist, was von den meisten Anwesenden jedoch nicht unterstützt wurde, da diese Umstellung nur mit Mühe und Unkosten verbunden wäre. Es wurde auch betont, daß die Hausfrauen es ablehnen, ihren Milchbedarf nur noch durch Ladenverkauf decken zu müssen, während andere Lebensmittel des täglichen Bedarfs weiterhin frei ins Haus gebracht werden. Es wird sich also möglicherweise in Zukunft ein Kampf entfalten zwischen Laden- oder Freihaus-Verkauf. Greifbare Resultate wurden keine erzielt.

Städt. Altersheim. Der Fräulein Wander-Bund Karlsruhe e. V. unter Leitung von Herrn Friedrich Köpfer, veranstaltete am 16. d. M. einen gemütlichen Abend. Ein flott gehaltenes Programm der Damen verleierte, gefällige Darbietungen, humoristische Vorträge, boten eine gute Unterhaltung. Es wurde so manchem alten „Bückerchen und Mütterchen“ Erinnerungen aus der Jugendzeit wachgerufen. Gleichzeitig durfte auch dieser Abend einem 85jährigen „Geburtsstagskinde“ eine große Freude bereiten haben. Mit herzlichsten Worten dankte Frau Stadtrat Müller im Namen der Oberbürgermeisterin und der Anwesenden des Heimes der ganzen Jugend für ihre Darbietung und brachte besonders zum Ausdruck, daß die Jugend von selbst daran gedacht hatte, dem Heim eine solche Freude zu bereiten. Ein baldiges Wiedersehen war beim Abschied der Wunsch aller.

Turnen im Dienste der Nothilfe. Man schreibt uns: „Für Volk und Vaterland“, so lautet der Slogan, den der Karlsruher Turnverein 1846 über sein am kommenden Sonntag nachmittags 7 1/2 Uhr in der Festhalle stattfindendes „Volksgemeinschaftsschauturnen“ gesetzt hat. Der Schluß des reichhaltigen Programms bildet ein groß angelegter Bewegungss- und Sprechchor mit ebenso hierzu geschriebener Musik, der in dramatischen Steigerungen den Kampf der Turnerschaft mit der leidigen Lebensaufstellung zeigt. Ueber mächtig wirkende Kampfszenen steigert sich das Spiel zu einer wichtigen Kundgebung für deutsches Volkstum und Schicksalsverbundenheit. Der aus 600 Reihern klingende, wie ein Aufschrei wirkende Schlußchor: „Dir sei unser Denken, Dir unser Wollen, Dir Vaterland in Ewigkeit“ macht auf den Zuschauer einen überwältigenden Eindruck. Es wäre zu wünschen, wenn dieses Schauturnen von weitesten Kreisen der Bevölkerung besucht würde. Der innere Gewinn, den jeder Besucher mit nach Hause nimmt, wird noch erhöht durch das Bewußtsein, an der Verringerung der Not unserer Mitmenschen mitgewirkt zu haben. Das Eintrittsgeld beträgt 1.00 und 0.50 M. (Näheres siehe Anzeige.)

Arbeitsgericht Karlsruhe

Sitzung vom 14. Januar 1932.

Die Arbeiterkammer des Arbeitsgerichts Karlsruhe unter Vorsitz des Herrn Amtsrichters Dr. Dänzer-Banotti hatte sich am 14. Januar mit einer Sitzung, aber für Betriebsräte immerhin interessanten Tagesordnung zu beschäftigen. Zur Verhandlung standen zwei Punkte und zwar erstens: Einspruch eines Betriebsratsmitglieds gegen seine Kündigung und zweitens eine Forforderungsklage.

Der erste zur Verhandlung stehende Fall dürfte unsere Betriebsräte ganz besonders interessieren. Das Betriebsratsmitglied Fr. B., die Klägerin, wurde im September vorigen Jahres von ihrem Arbeitgeber, dem Inhaber einer Bahnhofs-Wirtschaft, entlassen. Der Beklagte hat die abfällige Entlassung dem Betriebsratsvorsitzenden mitgeteilt und hat ihm gesagt, daß die Klägerin ihm, dem Beklagten gegenüber sich geäußert hätte; sie wolle ihre Stelle gutmütig verlassen und auf alle ihre rechtlichen Ansprüche verzichten. Der Betriebsratsvorsitzende glaubte dann, Kleinmütigkeit auf Grund dieser Aussage, eine Betriebsratsitzung nicht einberufen zu müssen und ließ sich die Zustimmung zu dieser Entlassung nur von einigen Betriebsratsmitgliedern beschaffen. Erst nachdem die Klägerin, die in der Zwischenzeit nach Bayern verziehen ist, beim Arbeitsgericht Karlsruhe durch ihre Organisation feststellen ließ, ob sich ihre Entlassung mit dem Betriebsratsgesetz vereinbaren lassen würde, hat der Betriebsrat am 12. Dezember 1931 in einer vollstän digen Sitzung zu ihrer Entlassung die Zustimmung erteilt.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß die Entlassung im September unglücklich war und das Arbeitsverhältnis also bis am 12. Dezember weiter bestanden hat. Es wäre im September schon die Pflicht des Betriebsratsvorsitzenden gewesen, sofort eine Sitzung einuberufen, um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, vielleicht hätte damals schon durch die Aussprache ein anderes Resultat zustande kommen können.

Nach kurzer Beratung hat das Arbeitsgericht einen Vergleichsvorschlag gemacht, derselbe wurde aber von den Parteien abgelehnt. Das Urteil fällt das Arbeitsgericht dem Klageantrag entsprechend dahin: Es wird festgestellt, daß das Arbeitsverhältnis bis zum 12. Dezember 1931 weiter bestanden hat und daß der Lohn sowie die Urlaubsergütung bis zu diesem Tag der Klägerin weiterbezahlt werden muß; Streitwert 422,47 M. die Kosten hat der Beklagte zu tragen.

In der mündlichen Begründung des Urteils wurde besonders darauf hingewiesen, daß, wenn auch die Klägerin sich wirklich dem Beklagten gegenüber geäußert haben sollte, sie verzichte auf alle ihre rechtlichen Ansprüche, so würde das so viel wie gar nichts bedeuten, denn ein Verzicht auf die aus dem Betriebsratsgesetz entfallenden Rechte gibt es nicht.

So hat selbst das Reichsarbeitsgericht durch eine Entscheidung diese Frage schon längst beantwortet. I. S.

Verwahrlosung und Prostitution

Prof. Dr. Gregor hielt kürzlich in der Karlsruher Ortsgruppe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einen Vortrag über obiges Thema. Er führte dabei u. a. aus: Die Verwahrlosung der Jugendlichen ist eine durch äußere und innere Ursachen entstandene feilsche Verfassung, aus der sich fortgesetzt sittliche Verfallsstufen ergeben, die ihrerseits wieder zu tieferem moralischem Abfall führen. In diesem Zustand können die Jugendlichen sich selbst helfen, weil ihr Handeln dabei bereits die Form des Gewohnheitsmäßigen angenommen hat. Die traurigsten Bilder von Verwahrlosung liefern jene Typen, welche wir bei gefallenen Mädchen finden. Man sieht hier Zerfall der Lebenskräfte, Jugend und ehler Weiblichkeit. Geschlechtskrankheiten untergraben nicht nur die Gesundheit, sondern bilden auch das drohende Gift einer Rassenverfälscherung. An Stelle des Erbes geistig und körperlich schöner Menschlichkeit, die zu persönlichen Liebesbeziehungen führt und Voraussetzung der Eingabe wird, sieht man ein egoistisches Streben der Gefallsucht, das der Verführung den Weg ebnet. Leichtfertigkeit, Oberflächlichkeit, Sinnlichkeit, aber auch Unwissen und Mangel sittlicher Entwicklung — oft Schuld der Eltern — beschränken die Schranken der Sitten und Schamhaftigkeit. Jugendliche, Schutzlosigkeit und Hilfslosigkeit legen die infolge Erbes der Erwachsenden oft zu spät ein, um die Katastrophe zu verhindern. Man muß tief in die selbstlose Tätigkeit der Schwestern, Erzieherinnen, Helferinnen und Fürsorgerinnen abtauchen, um die ganze Tragweite der in den Erziehungsheimen geleisteten Arbeit zu ermessen. Es gehört zu den erhabendsten Einbrüchen, den stillen Wiederaufbau des sittlichen Lebens zu verfolgen. Voraussetzung hierfür ist freilich das Gefühl des inneren Wertes, das Ehrgefühl. Hier liegt die Grenze zwischen dem sexuell verwahrlosten Mädchen und der Prostituierten, bei der wohl Schaden verhängt werden kann, aber ein innerer Aufbau meist nicht mehr möglich ist. So stellt die Prostitution einen höheren Grad sexueller Verwahrlosung dar. Bei der Minderwertigkeit der Prostituierten auf moralischem, vielfach auch auf intellektuellem Gebiet kommen auch Forderungen der Rassenhygiene in Frage. Dabei muß das Ziel sein, rechtzeitig jene Individuen zu erfassen, welche das größte Kontingent von Prostituierten ergeben, die sexuell verwahrlosten, und es bedeutet falsche Sparpolitik, Verwahrlosten jene Hilfe zu verweigern, die ihnen nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz zusteht. Dieses Verbot rächt sich mittelbar am Volksganzen. Zudem werden die Kosten vervielfacht, was allein aus der Tatsache folgt, daß heute die meisten sexuell verwahrlosten Mädchen auch geschlechtskrank sind.

(:) Ein seltenes Familienfest. Am gestrigen Dienstag feierten Privatier Christian Bäuerle und seine Gattin Mathilde geb. Haußer die Eisenne Hochzeit. Der Jubilar konnte zugleich seinen 95. Geburtstag begehen. Er erfreut sich einer erfreulichen körperlichen und geistigen Frische, während Frau Bäuerle schon längere Zeit leidend ist.

Veranstaltungen

Frauentag und Frauentiden. Über dieses lebenswichtige Thema spricht der bekannte Arzt Dr. med. Gild vom Sanatorium Brantfels-Bahn am Donnerstag den 21. Januar im unteren Rodard-Saal. Die Presse berichtet die Vorträge: Die Bedeutung der Gedanken und die verhältnismäßig unpaarliche Art des Redners machen die Abende besonders wertvoll (Rolle der Gedanken). Dr. med. Gild verhandelt über dieses Thema nicht nur aus der Sicht zu nehmen, sondern auch vorzuzugreifen, daß die Dör der weiblichen Seele wie selten in einem Vortrag gebannt waren (Etwas Tageszeitung). Siehe Anzeigen.

Kulch

Öffentliche Versammlung. Unsere am Samstag stattgefundene öffentliche Versammlung war gut besucht. Der Referent des Abends, Genosse K. Leiner, gab in anerkennenswerten Ausführungen in leichtverständlicher Art einen Überblick über das Arbeitslosenversicherungsgesetz, sowie über die Arbeitslosenversicherung. Mit großer Aufmerksamkeit wurde von den Anwesenden der Vortrag entgegengenommen. Der Referent ist ein guter Kenner dieser Materie, er konnte seine Ausführungen durch praktische Erfahrungen ergänzen. Es wurde dem Genossen nicht nur vom Versammlungsleiter, sondern auch von allen Disziplinaren herzlich Dank für seinen instruktiven Vortrag entgegengebracht. Der Vorsitzende gab nun bekannt, daß, wenn jemand noch im Rahmen des Vortrages etwas Klärung Fragen stellen wolle, diese vom Referenten im Schlusswort beantwortet werden. Einige anwesenden Kommunisten, die dem Referenten für den Inhalt seines Vortrages ihre volle Anerkennung aussprachen, glaubten noch nebenbei ihr Klärungsfragen stellen zu können, was der Referent nicht zuließ. Nachdem der Referent noch einige gestellte Fragen beantwortet hatte, schloß der Vorsitzende gegen 11.30 Uhr die Versammlung.

Die Polizei berichtet:

Berkehrsunfall

Gestern Abend stieß Ede Kronen- und Bähringerstraße ein Motorradfahrer mit einem Perionentraktorenwagen zusammen; hierbei wurde eine auf dem Rücksitz des Motorrads sitzende Frau zu Boden geworfen, wobei sie eine Gehirnerschütterung erlitt und ins Städt. Krankenhaus verbracht werden mußte. Nach den bisherigen Feststellungen trägt der Motorradfahrer die Schuld an dem Zusammenstoß, weil er das Vorfahrtsrecht des Perionentraktorenwagens nicht beachtete.

Auf freier Tat erappt

In vergangener Nacht wurde ein 23jähriger Mechaniker von hier von einem Passanten betreten, wie er im Begriff war, ein Verkaufshäuschen in der Südstadt zu zerbrechen. Er wurde von dem inswischen herbeigeeilten Notruf ins Gefängnis eingeliefert.

Brandschaden

Am Dienstag Abend gegen 8 Uhr entstand aus bis jetzt noch unbekannter Ursache in einem in der Wolfartsweierer Straße gelegenen Lagerhuppen ein Brand. Es verbrannten eine größere Menge Raubhols und Gerüstlatten. Der entstandene Schaden ist beträchtlich. Die herbeigeeilte Feuerwehr konnte nach zweistündiger Tätigkeit unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abziehen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das im Südwesten gelegene Hochdruckgebiet hat sich jetzt nach Mitteleuropa verlagert und beherrscht in weitem Umkreis die Witterung. Für die nächsten Tage steht daher Fortdauer des trockenen Hochdruckwetters in Aussicht.

Wetterausblick für Donnerstag, 21. Januar. Meist heiter und trocken bei westlichen Winden. Nachfröste, am Tage noch ziemlich mild. Hochdruckgebiet Alpengebiet.

Wasserstand des Rheins

Basel plus 26; Waldshut 22,2; aef. 6; Schutterinsel 81, aef. 8; Rehl 235, aef. 7; Mainz 418, aef. 8; Mannheim 325, aef. 10 Strm.



Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

heute Hauptversammlung

Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum „Elefanten“ unsere fällige Hauptversammlung statt. Tagesordnung:

„Deutschlands außenpolitische und innenpolitische Lage.“
Referent: Reichstagsabg. Gen. Schumacher, Stuttgart.
Ersichtigt zahlreich!

Sozialdemokratische Bürgerauswahlfraktion

Freitag, 22. Januar, abends 8 Uhr, im Stadtratskingsaal Fraktionsitzung.

Bezirksführer

Heute abends 7.30 Uhr treffen sich die Bezirksführer im „Elefanten“ zum Empfang des Werbematerials. Rein Bezirk darf fehlen.

Bezirk Alt-, Mittel- und Südstadt

Der Bescheid findet Donnerstag abends 8 Uhr in der Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt, Karlsriedrichstraße 22, statt. Das Referat hält Gen. Bühringer. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Bezirk Mühlburg

Den Parteigenossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß unsere Bezirksgeneralversammlung am Montag, den 1. Febr., abends 8 Uhr, im Lokal zum „Elefanten“ stattfindet. Um pünktliches Erscheinen und mündliche Weiterbreitung unter den Parteimitgliedern wird ersucht. Anträge sind bis 30. Januar an den Genossen Genß, Lamenstraße 57, einzuwenden.

Arbeiterwohlfahrt

Heute Mittwoch abends 7 Uhr dringende Vorstandssitzung im Büro, Karlsriedrichstraße 22.
Die Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt findet am Donnerstag, 4. Februar statt. Näheres siehe Interat.)

Theater und Musik

Badisches Landesbheater. Die Froschingszeit soll auch in diesem Jahr wieder wie bereits alljährlich den Landesbtheaters Genossenschaft geben, ihre Geschlossenheit auf dem Gebiete der Ausübung vornehmer Kunst zu zeigen. Das beim Publikum reich beliebt gemordene Vollnachtsabarett wird von Freitag, 5. Febr., ab für einige Tage den Spielplan des Bad. Landesbtheaters beherzigen und seinen Besuchern, Gelegenheits geben, in einigen Stunden trober Laune sich den Bedrückungen und den Sorgen des Alltags zu entziehen. Eine Reihe wirkungsvoller Nummern auf musikalischem, darstellerischem und tänzerischem Gebiet sind in Aussicht genommen und die ersten Kräfte der Oper- und des Schauspielers sind mit Eifer am Werk, sie zu gestalten. Selbstverständlich trägt das Programm dieser bunten Bühne einen durchaus belter Charakter und die Lustigkeit der Darbietungen geht bis zur Grotesk — ohne, wie dies bei den Fastnachtsscherzen des Landesbtheaters Voraussetzung ist, die vornehmste Linie zu verlieren. Aus der Fülle der Nummern sei hervorzuheben eine humoristische Kurserie „Der Hühnerbraten“, eine „Schneefallerei“, die bekannte Gestalten bringen wird. „Comlets“ von Nelly Rabemacher und von Hermann Brand über Karlsruher Figuren, eine neuartig zusammengestellte „Musikwelle“, eine „Rundfahrt durch Karlsruhe“, die bisher unbekannt Entdeckungen bietet, ferner ein Stesck „Wer wirbt?“ sowie Duette, Gesänge und Tänze. Als Anlager wird wie in den Vorjahren Fritz Baumbach erscheinen.

Badisches Landesbheater. Heute Mittwoch, 20. Januar, gelangt die Operette „Die Prinzessin auf dem See“ von Johann Strauß (Text von Hans Waga) zum achten Male zur Aufführung. Verdis neuinszenierter „Troubadour“ wird am Donnerstag, 21. Januar, am Freitag, 22. Januar, zum erstenmal wiederholt. Am Schauspiel kommt lobdahn am Samstag, 23. Januar, Molieres komische nicht mehr geübene Komödie „Der Misanthrop“ mit der einaktigen Komödie „Die Heirat wider Willen“ neuinszeniert zur ersten Wiederaufführung. — Als Sonntag-Nachmittagsvorstellung geht am 24. Januar im Landesbheater das Singspiel „Im weißen Rößl“ und als Abendvorstellung Puccinis Oper „Tosca“ in Szene, während abends im Konzerthaus die neuinszenierte Operette „Der Vetter aus Dingsda“ von Kühnede zum erstenmal wiederholt wird.

Letzte Nachrichten

Amerika und das Schuldenproblem

Paris, 20. Jan. (Funkdienst.) Wie die diesige Ausgabe des Neuport-Berats aus Washington meldet, hat das Staatsexportement den Botshafter Edge damit beauftragt, der französischen Regierung die Antwort auf ihre Anfrage, ob Amerika bereit ist, in eine Verlängerung des Hoovermatoriums einzuwilligen, zu überbringen. Die Antwort lautet dem Sinne nach, daß die amerikanische Regierung sich nicht verpflichten könne, ein neues Hoovermatorium zu versprechen und daß die Pariciführer des Kongresses das Weiße Haus vor jeder Ausdehnung des Moratoriums gewarnt hätten. Europa müsse das Schuldenproblem ohne jede Intervention der Vereinigten Staaten regeln.

Reichsbannerverjammung in forbach

Wir greifen an! Dies war das Thema einer öffentlichen Reichsbannerverjammung, die im hinteren Murgal, in Forbach, abgehalten wurde. Der Dirichaal in Forbach war dicht besetzt, als Kamerad Bunsch-Bernersbach dem Karlsruher Kameraden Stus das Wort zu seinem Referat erteilte. Kam. Stus führte aus, daß das Jahr 1932 in der deutschen Geschichte eine sehr wichtige Rolle spielen wird, es wird und muß in diesem Jahre die Entscheidung zwischen Republik und Diktatur fallen. Er bewies, wie jene Kräfte, die 1914 mitbalken, den Krieg zu entfachen, seit 1918 die Republik verächtlich machen und der Republik für alle Unbill und Krisen in den letzten Jahren die Schuld in die Schuhe schieben. Die NSDAP, die seit dem Septemberrnachen 1930 durch ihre Politik und Grobmüdigkeit das Ansehen Deutschlands schmer geschädigt und die allgemeine Krise verschärfen helfen. Der Redner wies nach, daß es in Deutschland genau so kommen wird, wie in Italien, wo mit Blut — Eisen alles niedergeknüpelt wird, was anderer Meinung ist wie der Faschist Mussolini. Auch in Deutschland ist es soweit, daß sich die anscheinend Reichen legen, nun aber Schluß, jetzt werden wir uns mit den gleichen Mitteln verteidigen, mit denen wir angegriffen werden. Mit einer Aufforderung, auch in Forbach die eiserne Front zu bilden und sich einzureihen in die Reihen der kämpfenden Republikaner schloß Kam. Stus seine inhaltreichen Ausführungen.

In der anschließenden Diskussion sprachen, da sich keine Gegner meldeten, die Kam. Schira-Gernsbach und Sammel-Karlsruhe, die beide die Ausführungen des Kam. Stus ergänzten, sowie einige Punkte noch erläuterten. In einem Schlusswort forderte der Referent nochmals zur Bildung der eiserne Front auf. — Der Erfolg der Verjammung war ein guter, es meldeten sich sofort eine schöne Anzahl Mitglieder an, so daß der vorläufige Vorstand sofort gebildet werden konnte. Die Kameraden nahmen sofort die Tätigkeit auf; auch in Forbach heißt es jetzt:

Wir greifen an!

Gemeindepolitik

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister in Oberweier

Bei der am Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahl in Oberweier bei Rastatt wurde der sozialdemokratische Kandidat Valentini Cijele mit 248 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Sein nationalsozialistischer Gegenkandidat erhielt 145 Stimmen.

Trotz der Aufschneiderei der Nazis für den schon bestimmten festen Sieg in der Badischen Presse, im Rastatter Tagblatt und im Murgalbote mußten sie eine derartige Niederlage einstecken. Die Wut ist eine ungeheure, wie sie durch Mißhandlung der Polizeibediensfrau und sonstigen Schikanen zum Ausdruck kam. Selbst die Frömmigkeit hat davor nicht geschützt.

Gemeinderatsbeschlüsse

Berghausen (Sitzung vom 15. Januar)
Gustav Doll, Landwirt, wird auf Grund des angeborenen Bürgerrechts als Bürger aufgenommen. Die Berechnung des Gaholmaderlohns wird aufgegeben und ist derselbe wie folgt festgelegt: Vollbürger 15,50 M., Bürgerwitwen 9 M. Die Gemeinde tritt dem neugegründeten Obst- und Weinbauverein als Mitglied bei, an gleicher Zeit tritt er aus dem Verein Badische Heimat aus. Von der Einladung zum Wohlthatigkeitstanz von Schröder — Arbeitergelandeverein zugunsten der Winterhilfe wird dankend Kenntnis genommen.

Sport

Forbach I — Union Karlsruhe I 3:3

Union Karlsruhe zeigte am Sonntag einen wunderbaren Fußball. Besonders hervorragend war der Sturm, welcher zeigte, was technisches Spiel ist. Schiedsrichter konnte auf betriebigen.

Ruhheim — Leopoldshafen 5:0

Das Spiel wurde nicht ganz im Sinne der Arbeiterpolitik ausgetragen. Ruhheim schloß heute Tore nach Belieben; die 2. Mannschaften trennten sich 2:0 zugunsten von Leopoldshafen.

Verschiedenes

Eichhörnchen beschädigen Telefonleitungen. Daß die niedlichen nistenden Vögel sich sogar an Metalle heranmachen, sollte man kaum für möglich halten, aber verschiedene Beobachtungen haben diese schon oft geäußerten Vermutungen bestätigt. Im Bezirk der Oberpostdirektion Halle haben Eichhörnchen die hochgelegenen Telefonleitungen dadurch beschädigt, daß sie in einer Höhe von etwa sechs Metern über dem Erdboden die 2 Millimeter starken Bleimantel der Röhre angriffen. Es gelang den Eichhörnchen, Löcher von 1 bis 2 Zentimeter Länge und etwa 1 Zentimeter Breite in die Bleihüllen zu fräsen. Durch einbringende Feuchtigkeit wurden verschiedentlich Störungen in der Leitung verursacht.

Veranstaltungen

Mittwoch, den 20. Januar 1932.
Badisches Landesbheater: Die Prinzessin auf dem See, 20 Uhr.
Colosseum-Theater: Die fünf Raimel, 20 Uhr.
Giulia-Palast: „Die Mutter der Kompanie“, Tonbildprogramm.
Kammer-Theater: Mameia, Die Wanderer.
Volkstheater: Ein Auto und kein Geld, Bildprogramm.
Reifens-Bühnen: Fort, Bildprogramm.
Schauburg: X37, Tonbildprogramm.
Union-Theater: Simsalaba, Schmalaberbitten, Bildprogramm.
Elefanten: Hauptversammlung der SPD, 20 Uhr.

Partei-Nachrichten

Hagsfeld, Amt Karlsrube. Wir weisen nochmals auf die am morgigen Donnerstag, abends 7 Uhr, im Rathaus stattfindende Generalversammlung hin...

Weingarten, Sozialdem. Verein. Freitag, 22. Januar, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „Linde“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

Hanfenloch, Samstag, 23. Januar, abends 9 Uhr, findet im Lokal „Zum Schwanen“ die diesjährige Generalversammlung der Partei statt.

Generalversammlung der Sozialdem. Partei Kappelrodt

Kappelrodt, Sonntag, 17. Januar, vormittags 10 Uhr, fand im „Reichhof“ die Generalversammlung der Sozialdem. Partei statt.

Kappelrodt, Sonntag, 10. Januar, abends 8 Uhr, fand im Reichsaal ein Lichtbildvortrag statt: Warum sind 20 Millionen arbeitslos?

Kleine bad. Chronik

Festnahme mit Hindernissen. D3. Hofsheim, 19. Jan. In der Nacht zum Dienstag gerieten in einem Gäßchen Altporzbeims drei Personen in Streit.

Wildbiid gefaßt. Im Moosgebiet wurde vor einigen Tagen, wie wir berichteten, ein angelegener Rebhahn von Holsfubrienteuten aufgefunden.

Unterwiltshardt (Amt Adelsheim). 19. Jan. Am Sonntag mittag entstand in dem Holskuppen des Landwirts Johann Gulden aus noch unbekannter Ursache Feuer.

Reim Holsfällern verunglückt. Kenzingen, 19. Jan. Im Walde von Hofsheim verunglückte gestern nachmittags der 30 Jahre alte Iedwig Josef Hehle.

Meesheim (bei Heidelberg). Der in den 40er Jahren stehende verheiratete Landwirt Wilhelm Meiser kürzte aus etwa 5 Meter Höhe auf den Scheunendach, wo er bewußtlos liegen blieb.

Epsenbach (Amt Sinsheim). Der Getreidehändler Otto Keller entwendete aus einem hinter der Scheune des Gastwirts Erwin Sauter gelegenen Vorratsspeicher Getreide und stetzte, um den Diebstahl zu verdecken, die Scheune in Brand.

Eulsteld. Die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten, Kreisvereinsmitglieder und Kreisgruppenleiterinnen hielt am 10. Januar im „Baldigen Hof“ ihre Generalversammlung ab.

Warum Nazi-Betriebszellen?

Das Unternehmertum will eine Streikbrechergarde

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Hitler will, um den Gewerkschaften beikommen zu können, die Betriebe erobern. Als Werkzeug dazu dient ihm die Nazi-Betriebszellenorganisation.

Zur Streikfrage erklärte nach den Mitteilungen der Besetzung der Ortsgruppenbetriebswart der Bremer Nazis wörtlich: „Die NSD. ist jederzeit in der Lage, ohne die Technische Nothilfe bei einem von marxistischer Seite entfalteten politischen Streik allein mit Hilfe ihrer, allen Berufsgruppen angehörenden Mitglieder alle lebenswichtigen Betriebe Bremens aufrecht zu erhalten.“

Wir haben es also bei der Nazi-Betriebsorganisation mit einer ausgesprochenen Streikbrechergarde zu tun. Hitlers Anhänger wollen vor allem der Arbeiterschaft bei einem Putsch von rechts her die harte Waffe des Generalstreiks aus der Hand schlagen. Um die Arbeiterschaft einzulassen, verfahren die

Nazis, sie seien für den wirtschaftlichen Streik im Interesse der Arbeitnehmer. Wie es jedoch damit in Wirklichkeit aussieht, erfährt man ebenfalls aus dem Bremer Unternehmerorgan. Es heißt da nämlich, daß bei Konfliktfällen zwischen dem Unternehmer und einer Nazi-Betriebszelle, der in der NSDAP. angelegte „Volksgemeinschaftsgebäude“ dafür büret, „daß schändliche Ungerechtigkeiten, wie sie das im Klassenkampf sich selbst verzeihende System des Marxismus kannte, fortlassen werden.“

„Schändliche Ungerechtigkeiten“ des Klassenkampfes — der reaktionäre Unternehmer wird alle Forderungen auf Lohnherhöhung als „schändliche Ungerechtigkeiten“ betrachten und an den in der NSDAP. angelegten „Volksgemeinschaftsgebäude“ appellieren. Der Endeffekt der Nazi-Betriebsorganisation ist klar zu erkennen: auch bei wirtschaftlichen Streiks wird sie den Arbeitern in den Rücken fallen und sich als Streikbrechergarde des Unternehmertums betätigen.

Freispruch

„Reichsvereinsrat und Reichsverband haben wünschenswert, die beiden beide das deutsche Volk dem Reichsrat an.“



„Der Versuch des Angeklagten, die Republik zu beschimpfen, kann nicht als hinreichend gegolten angesehen werden. Er war daher freizusprechen.“

geführt wird, der zweite Teil gilt der heiteren Muse. Der Eintritt mit 25 Pfg. erlaubt Jedermann das Kommen. Am gleichen Tag geht eine Kinderrevue in die Wege, bei der verschiedene Märdchen zur Darstellung gelangen.

März. Die Bezugschein für Kohlen. Unsere verschiedenen Ausstellungen betreffend die Lieferung verbilligter Kohlen an Unterhaltungsbehörden, hat die zuständige Stelle in Karlsruhe veranlaßt, eine Untersuchung einzuleiten.

Gernsbach. Die Not treibt in den Tod. Der Malermeister Wera hat sich wegen gesundheitlicher Schwierigkeiten in seinem Schlafstimmer durch einen Kopfschuß getötet.

Wie sollen Kaninchenfelle behandelt werden? Viele Besitzer von Kaninchen haben sich veranlaßt, ihre gewonnenen Felle zu schönen Kleidungsstücken zu verwenden.

Ein dicker, glänzendes Fell muß keinen Träger auszeichnen. Ein bei mittelgroßen Rassen erst mit 7-9 Monaten voll entwickelt. Nun soll es, diese Ware lüdenlos zu erhalten.

In allen Gesellschaftskreisen legt man Wert auf gepflegte Zähne. Eine gleichzeitige Mundpflege besteht in dem regelmäßigen Gebrauch der bekannten und beliebten Chlorodont-Zahnpaste.

und zeigen später Haarausfall. Wer die Felle in kleinen Behältern vor Motten schützen will, rolle sie zusammen. Werden entsprechend behandelte Felle zur Verarbeitung gebracht, so darf man auch etwas Wertvolles zurückwarten, das große Freude bereitet.

Jede 339. deutsche Ehe wird geschieden

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jeben eine interessante Statistik „Die Ehescheidungen im Deutschen Reich im Jahre 1930“, die Aufschluß gibt über die Zahl der Ehescheidungen, über die Unterschiede dabei in den einzelnen deutschen Bundesstaaten und über die Gründe, die jeden 339. Ehemann oder jede 339. Ehegattin dazu geführt haben, die Lebensgemeinschaft der Ehe zu lösen.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei Durlach. Den Parteigenossen und Genoffinnen zur Kenntnis, daß die Partei-Generalsammlung umfände halber erst am Samstag, 13. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal Festhalle stattfindet.

Generalversammlung der Mietervereinsung

Die am 16. Januar stattgehabte Generalversammlung der Durlacher Mietervereinsung hatte einen sehr guten Verlauf. Die Tagesordnung wurde glatt erledigt.

Vereinsanzeiger

- Karlsruhe. T.S.R. Süd (Handball). Freitag 8.30 Uhr Spielerversammlung Volkshaus. Zentralverband der Angestellten. Donnerstag, 21. Jan., abends 8 Uhr, Generalversammlung im „Elefanten“ 763.

